Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift

Band: 24 (1920)

Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Illustrierte Rundschau

Typen von der Nidwaldner Landsgemeinde. Phot. Nikl. Aluf.

Politische Uebersicht.

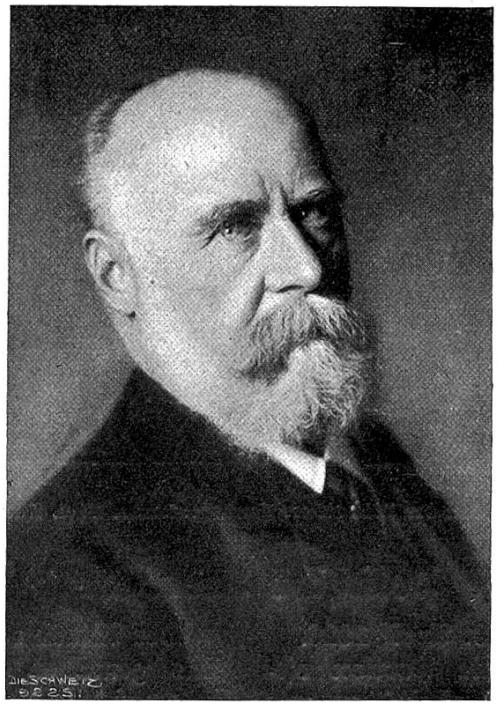
Zürich, den 20. April 1920.

Es gehörte eine gute Portion ostelbisch-junkerlicher Borniertheit dazu, mit einer Handvoll Baltikumsöldnern sich die Diktatur im Deutschen Reich erzwingen zu wollen, und das Kapp-Lüttwitzsche Abenteuer ist denn auch wirklich an dem „lütten Witz", der in der Unternehmung zum Ausdruck kam, kläglich zusammengebrochen. Nur hat dieses verbrecherische Abenteuer für Deutschland eine Reihe von Folgen gezeitigt, die keineswegs geeignet sind, die Verhältnisse in Europa günstiger zu gestalten, und deren Ergebnis eine Krisis im Verhältnis der Alliierten zueinander war, die wohl schärfere Formen angenommen hat, als der Oeffentlichkeit bekannt wurde, und deren Lösung, wenn sie wirklich vollständig erzielt wird, dennoch bittere Gefühle zurücklassen könnte.

Der Attacke von rechts folgte, wie bereits gemeldet, eine Gegenaktion von links auf dem Fuße, und im Ruhrrevier hatte sich eine rote Armee gebildet, die zwar die Arbeitervertreter aufzulösen sich bereit erklärten, die jedoch infolge des Widerstandes in den Kreisen der Arbeiter nicht völlig aufgelöst werden konnte. Räubernde und plündernde Banden zogen in den Ortschaften umher; es entstand ein Chaos, und die Bevölkerung rief um Hilfe gegen die disziplinlosen Mord- und Raubgesellen. Kapp und Konsorten hatten durch ihren Putsch die Regierung Bauer-Noske zur Proklamierung des Generalstreiks veranlaßt; durch dessen prompten Erfolg war den Arbeitern wieder einmal ihre Macht so recht zum Bewußtsein gekommen, und der Wahnwitz einer Diktatur des Proletariats sollte nun in Szene

gesetzt werden. Nach dem Rücktritt Noskes und Bauers freilich und der Bildung des neuen Koalitionskabinetts in Deutschland flaute der Streik überall ab — nur im Ruhrgebiet, der neutralen Zone, wo Deutschland laut Art. 43 und 44 des Vertrages von Versailles keine Streitkräfte versammeln oder auf kürzere oder längere Zeit unterhalten darf, wenn es nicht von den Siegern eines feindseligen Aktes und der Störung des Weltfriedens bezichtigt werden will, ging alles drunter und drüber. Deutschland mußte also laut Friedensvertrag zusehen, durfte nicht einschreiten, auch nicht auf die Gefahr hin, daß der Umsturz vom Ruhrgebiet aus sich weiter ausbreiten sollte, und Frankreich sah ebenfalls zu, tat auch seinerseits keinen Schritt, um die Ordnung wieder herzustellen, und lehnte die Bitte der deutschen Regierung, Reichswehrtruppen in die neutrale Zone einmarschieren und dort Ruhe schaffen zu lassen, ab. Sollte Deutschland trotzdem Truppen einmarschieren lassen, drohte Millerand mit der Besetzung Frankfurts und Darmstadts durch französische Streitkräfte. Auf englischer Seite scheint man der Bitte der deutschen Regierung weniger schroff ablehnend gegenübergestanden zu haben. Aber Frankreich, dem zuliebe die neutrale Zone am Rhein geschaffen wurde, stützte sich einfach auf den Vertrag, erklärte, man wolle keinen Präzedenzfall gestatten, und machte, als trotzdem deutsche Reichswehr einrückte, am 6. April mit seiner Drohung Ernst, ohne zuvor das Einverständnis seiner Alliierten eingeholt zu haben.

Die deutsche Regierung, die um die nachträgliche Einwilligung in die militärische Aktion, die lediglich als Polizeimaßnahme aufzufassen sei, einkam, erklärte, der Einmarsch wäre ohne ihr Vorwissen und ihre Genehmigung erfolgt; er sei aber eine Notwendigkeit, wenn man der bolschewistischen Gefahr begegnen wolle. Frankreich stellte diese Gefahr in Abrede, warf Deutschland — mit Recht — Vertragsbruch vor, zog aus der Tatsache, daß bei den deutschen Operationen Fliegergeschwader mitwirkten und daß die Arbeiter im Ruhrgebiet sich bewaffnen konnten, den Schluß, Deutschland sei seiner Verpflichtung, die Waffen und Kampfflugzeuge abzuliefern, nicht nachgekommen, und verteidigte damit sein Vorgehen, wogegen die deutsche Regierung nach vergeblichen Protesten schließlich den Völkerbund um Hilfe anrief.



Prof. Dr. Ulrich Grubenmann, Zürich
feierte am 15. April seinen 70. Geburtstag.

Die Presse der Alliierten verhielt sich zunächst reserviert, vornehmlich in England, während die italienischen Blätter gegen Frankreich auftraten und ihm vorwarfen, seine Bundesgenossen nicht erst um ihre Zustimmung zu seiner Aktion ersucht zu haben. Als dann Lloyd George aus den Osterferien heimkehrte, wehte auch über den Kanal ein schärferer Wind nach Paris herüber, und der Notenwechsel, der bezeichnenderweise nicht publiziert wurde, scheint sich offenbar nicht gerade in den liebenswürdigsten Formen bewegt zu haben. Lloyd George scheint mit bestimmten Forderungen an Frankreich herangetreten zu sein. Dieses erklärte sich schließlich bereit, sofort nach Abzug der deutschen Truppen, die besetzten Städte wieder zu räumen und in Zukunft keine derartige Extratour mehr unternehmen zu wollen. Daß sich der englische Botschafter in Paris

von der Botschafterkonferenz zurückzog, daß Lloyd George, der englische Premierminister, an die Konferenz des Obersten Rates in San Remo, statt über Paris, auf dem Seewege die Reise um Spanien herum machte, zeugt von der ernstlichen Verstimmung, die man in England über das selbstherrliche Prozedere des Bundesgenossen empfindet, und auch in Italien und in Amerika wird offen der französische Standpunkt abgelehnt.

Inzwischen ist es in den besetzten Städten bereits zu Zwischenfällen gekommen; in Frankfurt z. B. haben Marokkaner auf die Menge geschossen, und es gab Tote und Verwundete. Man fragt sich ernstlich, ob sich der Schritt nicht hätte vermeiden lassen; ob nicht auch in ein paar Wochen oder Monaten, wenn sich die deutschen Truppen nach getaner Arbeit im Ruhrgebiet häuslich niedergelassen hätten, eine derartige Aktion noch früh genug erfolgt wäre? Und man muß schon im Hinblick auf den Völkerbund sagen, daß eine derartig eigenmächtige Anwendung von Gewalt, die in der Liga der Nationen nicht geduldet werden kann und darf, mit vollem Recht schon heute nicht zu billigen ist.

Im Vertrage von Versailles besteht eine Lücke; der Fall, der Deutschland zum Vorgehen zwang, ist darin nicht vorgesehen, und daß den Verhältnissen billig Rechnung getragen werden sollte, auch in Frankreich, das zweifellos formell im Recht ist, wenn es von einem deutschen Vertragsbruch spricht, dürfte kaum in Abrede gestellt werden. Diesen Standpunkt vertritt England. Neuerdings hat nun auch Belgien an der Besetzung deutschen Gebietes teil genommen; es scheint, daß zwischen Frankreich und Belgien auch eine militärische Sonderabmachung besteht, alles Symptome, die geeignet sind, die Aufmerksamkeit der Völkerbundsfreunde auf sich zu ziehen; denn das ist selbstverständlich, daß der Völkerbund derlei Extrakonventionen zwischen einzelnen Ländern nicht dulden kann.

Der französisch-deutsche Konflikt hat in beiden Staaten neuerdings die nationalistische Strömung wieder gefördert. Zum Teil mag ja in Frankreich ein gewisses Mißtrauen gegen die Stabilität der demokratischen Regierungsform in Deutschland durchaus begreiflich sein; die in Aussicht gestellte Bestrafung der Kappleute läßt auf sich warten — wiewohl Döbberitz, einer der Führer der Bewegung, kürzlich gefaßt wurde. Kapp selber soll in Schweden in Sicherheit sein und kaum ausgeliefert werden. In diesen Tagen sind im Reichswehrministerium in Berlin Verhaftungen vorgenommen worden, wobei trotz der Versicherung der verhafteten Offiziere, sie führten gegen die gegenwärtige Regierung nichts im Schilde, immerhin eigentümlich anmutet, daß zwei nationalistische Kommunisten, Bertram und Kahlert, mit-

Prof. Dr. Philipp Godet, Genf
feierte am 23. April seinen 70. Geburtstag.

verhaftet wurden. Ob es sich aber um eine kommunistisch-militaristische Verschwörung handelt, ist allerdings vorläufig nicht festzustellen.

Immerhin scheint uns in Anbetracht der recht unsichern Verhältnisse in Deutschland die Forderung der Entente, Deutschland müsse sofort die Einwohner- und Bürgerwehren auflösen, nicht recht verständlich, und mit einiger Besorgnis sehen auch unsere Bundesbehörden dem Zeitpunkt entgegen, da dieses Gebot ausgeführt sein wird; denn sollten wirklich die staatserhaltenden Kreise der noch wenig konsolidierten deutschen Republik wehrlos den Umtrieben von rechts oder links ausgesetzt sein, so wäre nicht ausgeschlossen, daß aufs neue schwere Unruhen entstünden, die auch für die Nachbarn des Reiches gefährlich werden könnten. Diese Forderung ist um so bedenklicher, als auch die Reduktion der Reichswehr schon am 10. April hätte vollzogen sein sollen, und es besteht die Frage, ob nicht die Alliierten (lies: Frankreich) in ihrem Mißtrauen zu weit gehen und den Deutschen die Mittel zur Aufrechterhaltung der innern Ordnung und so indirekt zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens nehmen, der schließlich im Interesse ganz Europas läge.

Guillaume Favre, der neuernannte Chef der schweizerischen Kavallerie.

M. Henri Huguenin, Médailleur.
(1879—1920).

Die Gerüchte von neuen Putschabsichten in Deutschland haben die englische Regierung veranlaßt, den Alliierten den Vorschlag zu machen, in Berlin die Erklärung abzugeben, daß die Alliierten die Aufrichtung einer aufrührerischen Regierung in Deutschland, deren Politik der Ausführung des Friedensvertrages entgegengesetzt wäre, nicht dulden könnten. Wenn eine solche Regierung ans Ruder käme, so sähen sich die Alliierten gezwungen, ihr Programm der Hilfeleistung an Deutschland aufzugeben und die Lebensmittellieferungen einzustellen. Dieser Schritt fand die Billigung der Verbündeten. Es steht zu hoffen, daß dieser Schritt das Seine dazu beitrage, die Umsturzgelüste von nationalistischer Seite beträchtlich zu dämpfen und Deutschland im Innern eine ruhige Entwicklung zu ermöglichen.

Inzwischen ist in San Remo die Konferenz des Obersten Rates zusammengetreten, die über den Friedensvertrag mit der Türkei zu beraten hat. Eine Vorbesprechung der drei Ministerpräsidenten Nitti, Lloyd George und Millerand über die gegen Deutschland anzuwendenden Maßnahmen führte noch zu keinem Ergebnis; während die ersten beiden der Ansicht sein sollen, daß eine wirtschaftliche Pression genüge, um die Erfüllung des Versailler Vertrages zu erzwingen, verlangte Millerand deren Unterstützung durch militärische Maßnahmen.

Die Regierung in Washington ist an der Konferenz offiziell nicht vertreten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Japan Millerand wissen ließ, es billige die Besetzung

der deutschen Städte, und zu gleicher Zeit im ostasiatischen Wladiwostock Truppen landen ließ, ebenfalls ohne seine Verbündeten zuvor zu fragen und sich um den Völkerbund zu kümmern, der solche Sonderaktionen verbietet. Man sieht, daß eine gewisse Erziehung zum Völkerbund in Europa entschieden noch notwendig ist, auch bei den großen Mitgliedern der Liga. Als man von England aus den Franzosen ihr eigenmächtiges Vorgehen zum Vorwurfe machte, wurde in der Presse Frankreichs u. a. bemerkt, wenn man hier so genau hätte sein wollen, so hätte man die Besetzung Konstantinopels durch englische Truppen auch übel vermerken können, da man ebenfalls nicht erst gefragt worden sei, und der Kanal sei doch gar nicht so breit...

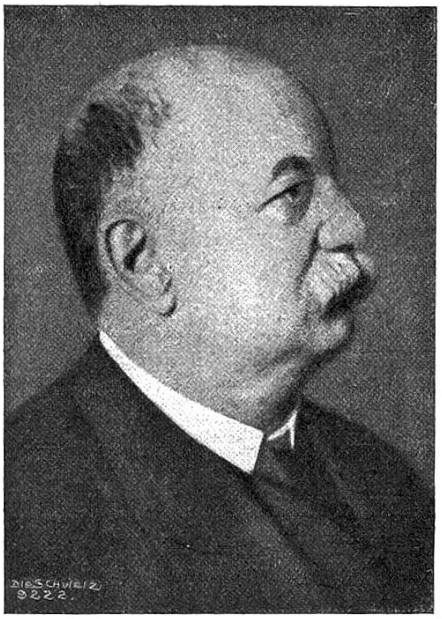
In Dänemark ist es zu einer politischen Krisis gekommen, die als direkte Folge des Abstimmungsergebnisses in der Flensburger Zone angesehen werden kann. Seit 1913 war die Regierung Zahle am Ruder, unter der die Koalition der bürgerlichen Radikalen und der Sozialdemokraten in Folkething über eine Mehrheit von nur 3 Stimmen verfügte, während im Landthing die Regierung in der Minderheit war. Diese Regierung war nun keineswegs sehr begehrlich nach ehemals reichsdeutschem Land; sie dachte wohl an eine deutsche Irredenta, die später für Dänemark zur Gefahr werden könnte. Die nationalistischen Kreise waren jedoch anderer Meinung. Und als nun drei Abgeordnete dem Kabinett ihren Beistand entzogen, da machte der König die Sache der Nationalisten zu seiner eigenen und verlangte von Herrn Zahle den Rücktritt. Dieser weigerte sich, worauf der Monarch, gestützt auf Artikel 13 der Verfassung, an das ganze Kabinett dasselbe Ansinnen stellte. Man empfand diesen Schritt in weiten Kreisen als einen Staatsstreich; die sozialdemokratische Partei drohte mit dem Generalstreik, der dann auch in Szene gesetzt wurde; auch der Ruf nach der Republik wurde laut. Ein Arbeitsministerium, das Otto Liebe bildete, hatte keinen Bestand, und schließlich kam ein Kompromiß zustande: Obervormundschaftsdirektor Friis wurde mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut. Es ist ein reines Geschäftsministerium, das sofort das Parlament zur Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes zusammenberief und die Neuwahlen, die schon vor drei Jahren hätten stattfinden sollen, auf Ende April in Aussicht stellte. Statt einer Festigung seiner Position hat Christian X. zweifellos durch sein, wenn auch konstitutionell nicht unzulässiges, so doch offenbar dem Volksempfinden widersprechendes Vorgehen sich unnötigerweise Schwierigkeiten bereitet und die Stellung der Republikaner in Dänemark gestärkt.

† Dr. Friedrich Imhoof-Blumer, Winterthur
1838—1920.

* * *

Ein Konflikt, der uns mit etwelcher Sorge erfüllen kann, ist im schweizerischen Baugewerbe ausgebrochen. Die Arbeiter stellten nämlich die Forderung auf, die Meister sollten auch ihnen während der Sommerszeit die Achtundvierzigstundenwoche bewilligen, worauf

die Arbeitgeber jedoch nicht einzugehen erklärten. Die Gründe dieser Ablehnung sind dieselben, die einer bestimmten Normierung und Verkürzung der Arbeitszeit in allen den Berufen entgegenstehen, die von der Jahreszeit und von der Witterung abhängig sind. Nun versuchen aber an vielen Orten die Arbeiter, aus eigener Machtvollkommenheit diese verkürzte Arbeitszeit einzuführen, indem sie einfach nach Ablauf der acht Tagesstunden ihre Werkplätze verließen. Die Arbeitgeber entließen diese Leute, es kam zum Streiken und zur Aussperrung, und die Folge war ein Ruhen der Bautätigkeit in allen größern Städten und Ortschaften der Schweiz — in einer Zeit, da vorsorgliche Maßnahmen der Bundes-, Kantonal- und Gemeindebehörden die Bautätigkeit endlich etwas zu beleben versprachen und Hoffnung bestand, daß gegen die immer mehr überhandnehmende Wohnungsnot etwas Wirksames getan würde. Man wird sich wohl ernstlich fragen dürfen, ob wirklich die Bauarbeiter — auch in ihrem eigenen Interesse — nichts Gescheiteres zu tun wußten, als einen Konflikt vom Zaun zu brechen, der gerade für sie und alle, die schließlich nicht über größere Kapitalien oder erkleckliches Einkommen verfügen, bedenkliche Folgen haben muß: Steigerung der Wohnungsnot, ein noch maßloseres Anwachsen der Baukosten und der Mietzinse und als mittelbares Ergebnis eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung. Das Schweiz. Volkswirtschaftsdepartement soll nun als Einigungsamt den recht undankbaren Versuch machen, diesen Konflikt zu schlichten, und es steht zu hoffen, es werde den im Interesse der Allgemeinheit liegenden, vernünftigen Ausgleich finden.



† **Prof. Dr. L. Donati** (1858—1920).

Eine andere, nicht weniger besorgniserregende Mißstimmung macht sich in den Kreisen des Bundespersonals bemerkbar, nachdem der Ständerat am 19. April die vom Nationalrat bereits erledigte Frage der Teuerungszulagen für die Angestellten des Bundes neu geregelt hat. Im Einverständnis mit diesem erhöhte der Ständerat die Grundzulage von 70 auf 75%; dagegen ging er mit dem Zulageminimum statt auf 2300 nur auf 2000 Fr. Auch differenzierte er die Zulage nach Maßgabe des Alters und der Dienstjahre. Ob nun das Bundespersonal mit der Drohung, infolge dieser durch die Finanzlage des Bundes nur zu begründeten Zurückhaltung des Ständerates in den Generalstreik zu treten, Ernst machen wird, bleibt abzuwarten; daß man den Fall ins Auge faßte, bezeugt die Aufnung eines „Kampffonds" der Eisenbahner, an den jedes Verbandsmitglied bis Ende April 5 Fr. zu bezahlen hat. Die Lage ist also offenbar gespannt und man wird sich auf den 1. Mai auf allerhand gefaßt machen müssen. Jedenfalls dürften die Gerüchte, die auf den Arbeiter-Weltfeiertag einen neuen Generalstreik prophezeien, nicht ohne weiteres als Hirngespinst bezeichnet werden. Der Konflikt im Baugewerbe, die scharfe Opposition gegen die Sparsamkeit des Bundes im Bundespersonal und vielleicht noch die Erhöhungen auf den durch Handelsverträge nicht festgelegten Positionen des Zolltarifs, wogegen die sozialdemokratische Partei der Schweiz energisch opponiert, sind wirksame Argumente für eine proletarische Agitation. Ob die Arbeiterführer sich der Verantwortung bewußt sind, die sie durch die Generalstreikparole auf sich bürdeten? Eine neue Störung der Ordnung und des Geschäftslebens, die Sabotierung der Bemühungen unserer Behörden, die schwierige Finanzlage des Staates zu verbessern, könnten Folgen

haben, die nicht bloß das von den Regisseuren so gehaßte Kapital, sondern auch die treffen müßten, in deren Interesse sie einen derartigen Beschluß zu fassen androhen.

Die Bundesangestellten dürfen zudem dem Ständerat seine Reserve in der Ausrichtung der Teuerungszulagen nicht allzu sehr verübeln. Schließt doch die eidgenössische Staatsrechnung mit einem Defizit von 95,655,686 Fr.; die Mobilmachungskosten des Bundes betrugen bis Ende letzten Jahres 1,220,679,608 Fr. (man erinnert sich, daß man noch 1914 mit 300 Millionen rechnete und sich darüber entsetzte!), und der Nettoertrag der eidgenössischen Kriegsgewinnsteuer betrug im Verhältnis zu diesen furchtbaren Summen „nur" 395 Millionen. Solche Ziffern geben wahrhaftig zu denken; auch der intelligente Arbeiter und Bundesangestellte sollte sich darüber nicht so leicht hinwegsetzen.

In der Affäre Zweifel hat der Bundesrat in Wien energische Schritte getan, wogegen allerdings kürzlich im Nationalrat von sozialistischer Seite opponiert wurde — im gleichen Atemzug, mit dem der Opponent behauptete, in der Verteidigung des wackern Bolschewiki Platten habe der Bundesrat zu wenig Energie entwickelt, was durchaus nicht zutrifft. Es soll also wohl ein Unterschied gemacht werden, ob das Wohl eines im Ausland befindlichen Schweizers, der Fabrikdirektor ist, oder eines bolschewistisch infizierten Nationalrates in Frage steht; während sich der Bundesrat für diesen mit allen Mitteln einsetzen müßte, dürfte er für jenen nur mit einer höflichen Bitte Fürsprache einlegen, obwohl der Glarner Fabrikdirektor Zweifel in den Eltzschen Spinnereien in Neunkirchen (Oesterreich) infolge der Mißhandlung durch streikende Arbeiter noch heute, lange Wochen nach dem Vorfalle, in einem Wienerspital krank darniederliegt und in Oesterreich trotz des Versprechens, gegen die Uebeltäter und Rädelsführer vorzugehen, nicht das Geringste geschah. Die Note, die unser Gesandter Bourcard abgab, worin betont war, die Schweiz müßte sich von der geplanten finanziellen Hilfsaktion für Oesterreich zurückziehen, wenn nicht endlich die Schuldigen verhaftet und gerichtlich abgeurteilt würden, hatte dann die Verhaftung von sieben Anstiftern zur Folge. Dagegen erhob sich nun die ganze Arbeiterschaft, drohte mit Generalstreik und brachte es richtig fertig, daß man die Verhafteten wieder auf freien Fuß setzte. Allerdings soll nun das Gerichtsverfahren in Angriff genommen werden. Man darf auf das Ergebnis gespannt sein, und es ist zu hoffen, daß der Bundesrat auf seiner Forderung besteht.

Daß die starke Mehrheit, welche die schweizerischen Bauern, die Freisinnige Partei und die Konservative Volkspartei an ihren Tagungen für den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund erzielten, läßt uns nun mit einiger Hoffnung dem 16. Mai, dem Tage der Abstimmung über diese Schicksalsfrage unseres Vaterlandes, entgegensehen. Es scheint doch da und dort zu tagen.

Im Kanton Zürich sind am 18. April die Regierung und die Legislative neu bestellt worden. Das Ergebnis der Kantonsratswahlen war, daß die Demokraten 8, die Sozialdemokraten 6 Sitze verloren, während die Bauernpartei einen Gewinn von 8, die Grütlianer einen solchen von 3 und die Evangelische Volkspartei von 2 Sitzen, die neugegründete Gewerbepartei von einem Sitz zu verzeichnen haben. Die Liste der Regierungsräte blieb unbestritten. Zwei neue Mitglieder, Hauser und Walter, die der Bauern- und der Grütlianerpartei angehören, wurden neu gewählt.

H. M.-B.

Zu unsern Bildnissen.

Am 15. April hat Professor Dr. Ulrich Grubenmann, der hervorragende Lehrer der Mineralogie und Petrographie an den beiden Hochschulen in Zürich, seinen 70. Geburtstag gefeiert. In Trogen 1850 geboren, studierte er am Polytechnikum in Zürich hauptsächlich Chemie, promovierte an der Universität und setzte die Studien in München,

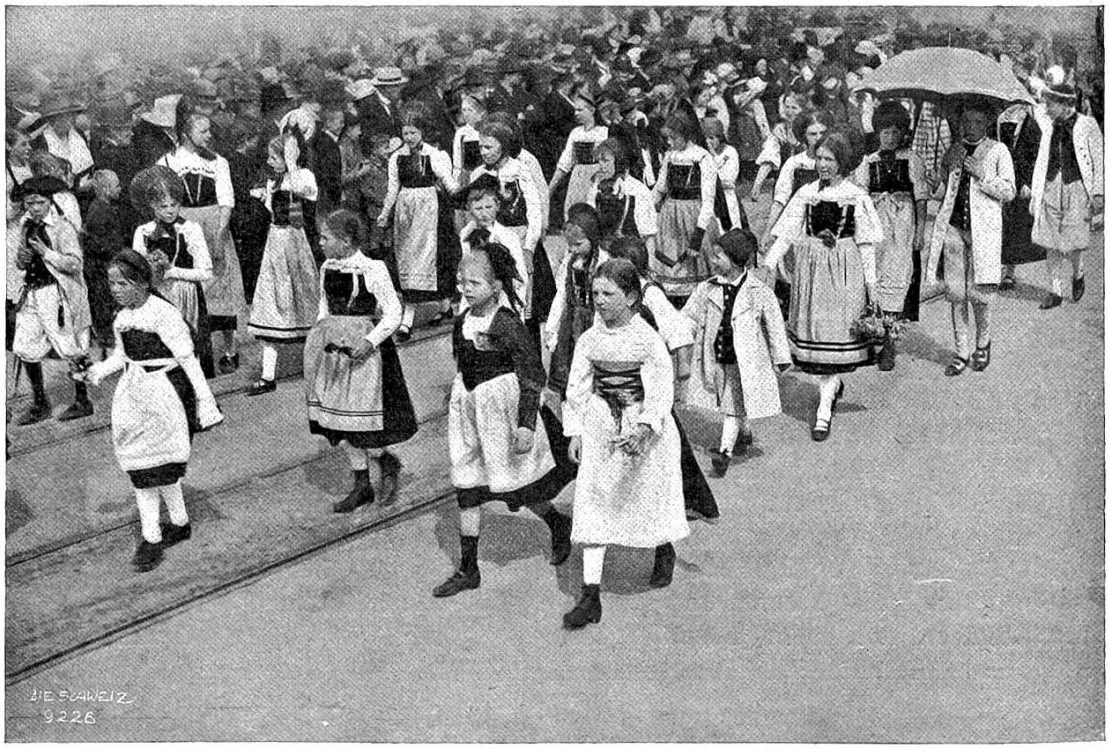
Heidelberg und Wien fort. 1874 wurde er an die Thurgauische Kantonsschule zu Frauenfeld gewählt, wo er sich als ausgezeichneter Lehrer der Chemie und Naturkunde erwies und in amtlicher Stellung hervorragendes leistete. 1893 erfolgte seine Berufung nach Zürich als Nachfolger Kenngotts, nachdem er bereits 1888 sich als Privatdozent habilitiert hatte. Was er hier an organisatorischer Arbeit leistete, ist erstaunlich. Das chemisch-analytische und das physikalisch-chemische Laboratorium des mineralogischen Instituts, die ausgezeichneten mineralogischen Sammlungen im neuen Gebäude der Eidg. Technischen Hochschule an der Sonneggstraße, deren Aufstellung der Jubilar selber besorgte, zeugen von der immensen Arbeitskraft Grubenmanns. Im Jahre 1909 trat Grubenmann als Nachfolger Franels das Rektorat am Polytechnikum an, und er bekleidete dieses Amt während der Uebergangszeit zur Eidg. Technischen Hochschule. Seine Lehrtätigkeit, die er immer mehr ausbaute, seine wissenschaftlichen Forschungen bildeten eine Arbeitslast ohne Gleichen; daneben war er Mitglied verschiedener Behörden und Gesellschaften. Er zählt zu den führenden Gelehrten, und seine Werke über „Die Bausteine und Dachschiefer der Schweiz", Schriften über die Gesteinsmetamorphose, „Die Kristallinischen Schiefer" gehören zu den bedeutsamen Werken, die grundlegenden Wert besitzen. Möge dem noch heute in jugendlicher Rüstigkeit seiner Arbeit lebenden Gelehrten und trefflichen Lehrer noch manch segensreiches Jahr beschieden sein!

* * *

In Neuenburg hat am 23. April Professor Dr. Philippe Godet, der Historiograph der Literatur der Westschweiz, der ausgezeichnete Gelehrte, Dichter und Tagesschriftsteller, sein 70. Wiegenfest gefeiert. Als Verfasser der vortrefflichen „Histoire littéraire de la Suisse française", der auf einem reichen Urkundenmaterial aufgebauten Monographie „Madame de Charrière et ses amis" und vieler anderer für die Kenntnis der Literatur der welschen Schweiz wertvoller Schriften, als Herausgeber der Versbücher „Le Coeur et les Yeux" und „Les Réalités", als der Dichter vorzüglicher Erzählungen, als der unermüdliche Geschichtsschreiber des geistigen Lebens in seiner Heimatstadt Neuenburg, an der er mit ganzem Herzen hängt, als Kritiker, dessen klarer, an den besten klassischen Vorbildern geschulter Stil, von der Klarheit seines Denkens Zeugnis ablegt, genießt Godet weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus hohe Verehrung. Er war während des Krieges, obwohl er als Rektor und Professor an der Universität Neuenburg ein vollgerüttelt Maß von Arbeit zu bewältigen hatte, in einer Reihe humanitärer Vereinigungen an führender Stelle tätig.

H. M.-B.

(Fortsetzung folgt in nächster Nummer).



Wehntalergruppe vom Kindersechseläutenumzug in Zürich (25. April 1920).

Redaktion: Hans Müller-Bertelmann, Zürich; Dr. Walter Reitz, Bern.
Alleinige Inseraten-Annahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zürich, Basel, deren Filialen u. Agenturen.
Druck der Buchdruckerei Berichthaus, Zürich.

Dora Hauth, Zürich. Frau Dr. Maria Waser. Oelgemälde.